



12.07.2010: Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staatenwelt in Osteuropa und der Restauration des kapitalistischen Systems in diesen Staaten um 1990, brachen auch die Wirtschaftsbeziehungen dieser Staaten zu Kuba massiv ein. Die Auswirkungen in der Landwirtschaft Kubas waren dramatisch, die einseitige Ausrichtung auf die Zulieferung landwirtschaftlicher Güter (vor allem Rohrzucker) rächte sich. Offen gesteht die Regierung Kubas ein, dass die Landwirtschaft bis heute noch nicht den Bedürfnissen des Volkes gerecht wird. Bereits früher angekündigt und eingeleitet, gab die Regierung unter Raul Castro Ende Juni den Stand der massiven Veränderungen zur Ankurbelung der Landwirtschaft bekannt.

Eines der ganz großen Probleme von Kuba bzgl. der Landwirtschaft war der große Umfang des nicht landwirtschaftlich genutzten, aber zu bewirtschaftenden Bodens. Nach Angaben der kubanischen zentralen Statistikbehörden von 2008 waren 6,6 Mio. ha Ackerland in Staatsbesitz, aber knapp 2 Mio. ha davon waren ungenutzt. 1 Mio. ha des ungenutzten Landes wurden nun bereits an 110.000 private Landwirte und 1.715 Kooperativen zur Bewirtschaftung verteilt. Dies gab der Direktor der 'Behörde für Landkontrolle' Ende Juni bekannt. Der Rest des ungenutzten staatlichen Ackerlandes soll ebenfalls noch in gleicher Art verteilt und einer Nutzung zugeführt werden. Einen lebendigen Einblick in diese Umbruchsituation auf der Insel gibt folgender [Bericht von Sébastien Madau](#)

in der französischen Tageszeitung

'La Marseillaise'

:

Kuba hat eine Reihe von Agrarreformen in die Wege geleitet: Bauern können eigene Ackerflächen erhalten und der Staat fördert die Bildung von Genossenschaften, um die landwirtschaftliche Produktion anzukurbeln und so die Nahrungsmiteleinfuhren zu senken. Der Bauerstand, eigentlich das Markenzeichen Kubas, hatte nach dem Zerfall der Sowjetunion an Ansehen verloren. Die Zuckererzeugung als Haupteinnahmequelle musste nach dem Verlust

des Kunden Sowjetunion von Grund auf neu strukturiert werden; viele Produktionsstätten wurden geschlossen und die Beschäftigten in andere Bereiche umgesetzt.

Trotzdem gibt es für die Landwirtschaft heute augenscheinlich wieder gute Zukunftsaussichten, aufgrund oder besser dank der Krise. Der Staat hat Reformen angeschoben und möchte die Bauern in den landwirtschaftlichen Staatsbetrieben dazu bringen, Genossenschaften zu bilden oder brachliegendes Ackerland zu bearbeiten, um die Bodenerträge zu steigern, denn Kuba muss von den jetzt 80% Importanteil bei Nahrungsmitteln herunter. Die Initiative richtet sich vor allem an die Jugendlichen auf dem Land, mit schon heute ersten ermutigenden Ergebnissen. Im Jahr 2009 haben sich 60.000 Bauern dafür entschieden und eine Million Hektar brachliegendes Staatsland erhalten. Aber viel bleibt noch zu tun, denn die Geburtsjahrgänge zwischen 1980 und 2000 hatten sich – egal ob ländlicher oder städtischer Herkunft – für eine Ausbildung im technischen, industriellen Bereich oder an einer Universität entschieden. Die bäuerliche Tätigkeit hatte ihren Vorrang eingebüßt.

Die Gemeinde Guina de Melena möchte aus dieser schwierigen Situation das Beste für sich machen; sie liegt in der Provinz Havanna und versorgt die Hauptstadt mit Obst, Gemüse und Fleisch. Der Agraringenieur Carlos Enrique Gonzalez Garcia ist Vorsitzender der landwirtschaftlichen Genossenschaft Ubaldo Diaz Fuentes. 12 Genossenschaftsbauern hatten sie 1982 auf 160 Hektar Land gegründet „mit dem Ziel, die bäuerlichen Lebensbedingungen zu verbessern und die zur Verfügung stehenden Mittel gemeinsam zu nutzen – seien es Wohnungen, Ländereien, Schulen oder Ambulatorien“. Heute werden 200 Hektar bearbeitet, die Produktion umfasst Kartoffeln, Süßkartoffeln, Maniok, Bohnen, Bananen und die Grundlagen für die Viehzucht. Die Leitung besteht aus einem siebenköpfigen Vorstand, der aus den Reihen der 51 Mitglieder auf einer Hauptversammlung gewählt wird. Natürlich ist auch die kommunistische Partei mit dabei.

Es gibt eine „garantierte Nahrungsmittel-Tagesproduktion“. Die abgelieferten Mengen erhärten die Aussage des Vorsitzenden, dass die Genossenschaft „seit 2003 keine Verluste eingefahren hat“. Die Hälfte des Gewinns wird an die Mitglieder verteilt, die andre Hälfte investiert – „als Rücklage, für Notfälle, in die Ausrüstung und den Sozialbereich“. Die Bauern sind mit ihrer Entscheidung für die Genossenschaft zufrieden; „wir verdienten 2003 etwa 11 kubanische Pesos pro Tag, heute sind es 35“, und damit mehr als im Landesdurchschnitt (im Jahre 2009 betrug der durchschnittliche Tageslohn ungefähr 14 Pesos oder 0,43 Euro).

Das Einkommen hängt von der Produktion ab: „Wir haben keine Löhne, sondern ein vor der Ernte ausgezahltes geschätztes Einkommen.“ Auch wenn mit dem Genossenschaftswesen das Privateigentum teilweise wieder auferstanden ist, so ist damit doch der Sozialismus nicht

verschwunden. „ Wir verkaufen den Großteil unserer Ernte an den Staat, der sie an die Bevölkerung weiterverkauft“, und die Mitglieder vereinbaren mit dem Ministerium, wieviel produziert werden soll. „Es ist unser Vorteil, dass wir den Staat als alleinigen Kunden haben, mit dem wir einen Jahresvertrag zu garantierten Fixpreisen schließen.“

Eine Reihe Produkte werden vom Staat an die Einwohner über die so genannte 'Libreta' verkauft, ein Niedrigpreis-Vertrieb, der jedoch nicht den gesamten Monatsbedarf abdeckt, sondern nur den von zwei oder drei Wochen; den Rest müssen die Kubaner zu höheren Preisen im Laden kaufen. Beispielsweise kostet das Kilo Reis 0,95 Pesos (0,03 Euro) durch die 'Libreta', und 8 Pesos (0,25 Euro) im Supermarkt. Die ersten 300 Kilowatt Strom kosten 2,19 Pesos (0,07 Euro). „Der Staat verkauft unsere Produktion zu einem niedrigeren Preis als er uns zahlt“, erklärt dazu der Vorsitzende, der „zwischen 10 und 20 Prozent der Produktion auf Märkten verkaufen darf“, damit die Rechnung am Monatsende stimmt. „Jetzt sind wir gespannt auf die weitere Landreform, die uns neue Entwicklungsmöglichkeiten bieten wird.“

Natürlich ist sich der Agraringenieur darüber im klaren, dass es seine Zeit brauchen wird, bis „die Jungen sich wieder an eine landwirtschaftliche Tätigkeit gewöhnt haben werden. Wenn sie erkennen, dass sich die Arbeit lohnt, dann kommen sie auch wieder.“ Offenbar ist es in einigen seltenen Fällen möglich, bis zu umgerechnet drei Dollar pro Tag zu verdienen, während das durchschnittliche Monatseinkommen in Kuba bei 19 Dollar im Monat liegt, was natürlich zu Problemen bei der Angleichung der Einkommensverhältnisse führen kann. Die Reform hat eine Steigerung der Einkommen ermöglicht und – weil in der Wirtschaft der Zufall selten eine Rolle spielt – eine rasche Erhöhung der Produktion. Doch stehen noch andere Probleme an, wie z.B. der Liefertransport. Durch den schlechten Zustand der LKW oder durch Kraftstoffmangel sind schon ganze Ernten zugrunde gegangen. „Der Fahrzeugbestand ist oft noch aus der Sowjetzeit, und die Blockade der USA erschwert den Kauf von Kunstdünger, Ersatzteilen oder Kraftstoff.“

„Kuba hat begriffen, dass sein gegenwärtiges Importniveau nicht durchgehalten werden kann und setzt deshalb seinen ganzen Ehrgeiz darein, die ‚Nahrungsmittel-Souveränität‘ zur erreichen.“ Um dahin zu gelangen, muss die Reform einen möglichst großen Teil der Bevölkerung zufriedenstellen hinsichtlich Preisniveau, Menge und Qualität, und die Bauern hinsichtlich ihrer Einkommen.

Gerne würden insbesondere die USA Kuba für den Export der eigenen Landwirtschaftsprodukte geöffnet sehen. Denn der modernen kapitalistischen Großproduktion wären die kubanischen Produzenten derzeit nicht gewachsen und bald 'platt gemacht', wie viele vergleichbare Beispiele

von Entwicklungsländern, ja sogar in der EU zeigen. Dagegen erfolgreich einen eigenen Weg zur Belebung der landwirtschaftlichen Produktion zu finden und zu gehen, ist dem kubanischen Volk aus ganzem Herzen zu wünschen.

Text: hth / Übersetzung: hali / Foto: Sébastien Madau